

12. April 2012, Neue Zürcher Zeitung

Europarat attackiert Schweizer Bankgeheimnis

Neuerdings kommt der Druck auf das Bankgeheimnis und das Schweizer Steuersystem auch aus Strassburg



Jetzt macht auch der Europarat Druck auf das Bankgeheimnis in der Schweiz.

(Bild: Reuters)

Das Parlament des Europarats will den Druck auf Länder mit Bankgeheimnis und tiefen Steuern erhöhen. Die Resolution ist zwar allgemein abgefasst, ihr erstes Ziel ist jedoch die Schweiz.

Markus Häfliger, Bern

Mitten in den Steuerkonflikten mit Deutschland, den USA und der EU kommt die Schweiz von einer neuen, unerwarteten Seite unter Druck. Im Europarat, bei dem die Schweiz seit 1963 Mitglied ist, ist eine Resolution gegen das Bankgeheimnis und gegen sogenannte Steuerparadiese in Vorbereitung. Bereits am 27. April soll die Parlamentarische Versammlung des Europarates die Resolution verabschieden.

Die Resolution ruft die 47 Mitgliedstaaten dazu auf, «mehr Druck auszuüben» auf «Steuerparadiese» sowie jede Art von Bankgeheimnis. Ziel müsse die «progressive Abschaffung des steuerlichen Bankgeheimnisses» sein. Der Internationale Währungsfonds und die OECD werden aufgefordert, die «Überwachung der Steuerregime ihrer Mitgliedsländer zu verstärken». Der Kampf gegen Steueroasen sei «eine moralische Verpflichtung», weil sie die Interessen der anderen Länder verletzen, heisst es in der Resolution. Sie fordert, dass stattdessen europaweit der automatische Informationsaustausch von Bankdaten eingeführt wird.

Schweiz als übelste Steueroase

Die Schweiz wird im Resolutionstext zwar nicht genannt, jedoch in einem Bericht, der als Grundlage dazu dient. Der Bericht, den der sozialdemokratische Europarats-Abgeordnete Dirk Van der Maelen aus Belgien verfasst hat, stellt die Schweiz als grösstes Steuerschlupfloch der Welt dar. Dabei stützt er sich auf eine Rangliste des Tax Justice Network. Bei diesem «Netzwerk für Steuergerechtigkeit» handelt es sich um eine internationale Nichtregierungsorganisation, die für Transparenz auf den Finanzmärkten sowie gegen Steuerflucht und Steueroasen lobbyiert. Zu diesem Zweck hat das Netzwerk einen Finanzgeheimnis-Index erfunden, der anhand mehrerer Kriterien misst, wie dicht das Bankgeheimnis in einem bestimmten Land ist (vgl. Tabelle, erste Kolonne). Diese Note wird mit der Bedeutung des jeweiligen Finanzplatzes gewichtet (zweite Kolonne). Im Endresultat rangiert die Schweiz auf Platz 1 – und wird dadurch zum Hauptziel des Berichts.

Ausser der Schweiz stellt der Bericht auch Grossbritannien, die britischen Kanalinseln und Überseegebiete sowie kleinere Länder wie Luxemburg, Liechtenstein und Monaco an den Pranger. Wie erst jetzt bekannt wird, hat Van der Maelen seinen Bericht Ende März der Europarats-Kommission für soziale Fragen präsentiert. Pikanterweise tagte das Gremium unter Schweizer Vorsitz: SP-Ständerätin Liliane Maury Pasquier präsidiert die Kommission. Ausser ihr waren die Ständeräte Urs Schwaller (cvp.) und Luc Recordon (gp.) präsent. Der vierte Schweizer Vertreter, SVP-Nationalrat André Bugnon, fehlte.

«Schweiz immer isolierter»

Schwaller kritisiert Van der Maelens Bericht als «einseitig und tendenziös». Die ursprüngliche Version habe mit keinem Wort erwähnt, was die Schweiz in den letzten Jahren in Sachen Schwarzgeld alles gemacht habe. Zusammen mit Recordon habe er diesbezüglich immerhin einige Korrekturen anbringen können. Mehr sei aber nicht dringegen, sagt Schwaller. Als Schweizer habe er sich in der Kommission «sehr alleine» gefühlt. Gegen Schwallers Stimme stimmte die Kommission dem Resolutionsentwurf grossmehrheitlich zu.

Für den SP-Nationalrat und langjährigen Europarats-Abgeordneten Andreas Gross zeigt dieses Resultat, «dass die Schweizer Gesetzgebung nicht länger vereinbar ist mit dem Gefühl und den Interessen der grossen Mehrheit der Europäer». Und was sagt der belgische Vater der Resolution auf die Frage, was sein Vorstoss für die Schweiz bedeutet? Van der Maelens Antwort fällt knapp aus: «Die Schweiz muss zur Kenntnis nehmen, dass sie immer isolierter ist.»

Auch Steuersystem im Visier

Rechtlich sind Resolutionen des Europarates zwar unverbindlich. Politisch hingegen hätten sie sehr wohl eine Auswirkung, sagt Maury Pasquier. «Solche Resolutionen werden oft zur Referenz für andere Institutionen.» Auch Van der Maelen rechnet mit einer politischen Wirkung. Sein Ziel sei es, Parlamentarier aus allen Ländern auf das Problem der Steueroasen aufmerksam zu machen. Er rechnet damit, dass diese Parlamentarier später durch ihre nationalen Parlamente den Druck erhöhen.

Bei dem Angriff auf das Bankgeheimnis lässt es die Resolution nicht bewenden. Sie enthält weitere Forderungen, die die Schweiz betreffen: Die Staaten sollen ihre Unternehmensbesteuerung europaweit harmonisieren, um der Steuerflucht von Unternehmen vorzubeugen. Die Geldwäscherei-Bestimmungen sollen auf Steuerdelikte ausgeweitet werden. Multinationale Firmen sollen daran gehindert werden, ihre Steuern mithilfe von Sitzverlegungen und Steueroasen zu optimieren.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/europarat-attackiert-schweizer-bankgeheimnis_1.16396177.html